

Körting ist ein zahnloser Tiger

So nah sei die Bedrohung noch nie gewesen, erklärte Bundesinnenminister Dr. Schäuble nach den versuchten Anschlägen auf zwei Regionalzüge in Dortmund und Koblenz. Ein Libanese, der von einer Überwachungskamera gefilmt wurde, sitzt mittlerweile in Untersuchungshaft.

Die Berliner CDU sieht sich in ihrer Innenpolitik bestätigt. Was wir dringend brauchen, ist mehr Videoüberwachung und Sicherheitspersonal auf Bahnhöfen, aber auch mehr Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten. Denn Terror beschränkt sich nicht auf den Personenverkehr, sondern sucht sich seine Nischen überall.

Angesichts der erhöhten Bedrohungslage schlägt jedoch auch wieder einmal die Stunde von Berlins Ankündigungssenator und Polit-Chamäleon Körting. Nach den Vorfällen in Dortmund und Koblenz mutierte der SPD-Innenpolitiker plötzlich zum glühenden Si-



Henkel redet Klartext

cherheitsverfechter und fordert eine Ausweitung der Videoaufzeichnung auf Bahnhöfen auf drei Tage. Will der Innenminister die Öffentlichkeit für dumm verkaufen? Seit Jahren hat sich Rot-Rot genau dagegen mit Händen und Füßen gewehrt. Körting selbst hat die Ausweitung der Videoüberwachung bislang stets als „Wahlkampfgetöse“ abgelehnt. Doch zum Glück sieht ihm nicht jeder diesen Wankelmut nach. „Was sagt Ihr nun, ihr Videoüberwachungs-Verweigerer?“, schreibt die „B.Z.“ dem SPD-Politiker ins Stammbuch.

Aber davon lässt sich der Ankündigungssenator vermutlich nicht beirren. Wie so oft wird auch diesmal gelten: Körting springt in Interviews als Säbelzahniger, um dann in der Realität als flauschiger Bettvorleger zu landen. Verlässliche Sicherheitspolitik sieht anders aus.

Pflüger schlägt Wowereit



Die Treffer saßen. Wäre es ein Boxkampf gewesen, hätte der Ringrichter den Kampf wohl abbrechen müssen. Friedbert Pflüger teilte kräftig aus beim zweiten direkten Aufeinandertreffen der beiden Spitzenkandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

Der Tagesspiegel hatte in das Hotel Interkontinental geladen. Rund 700 Anwesende erlebten einen CDU-Herausforderer, dem es immer wieder gelang, Klaus Wowereit zu stellen und ihn mit der miserablen Bilanz des rot-roten Senats in die Ecke zu drängen.

Die erste Attacke galt dem wichtigsten Thema des Wahlkampfes: Arbeitsplätze und Wirtschaft. Dabei holte der CDU-Spitzenkandidat richtig aus und traf den Amtsinhaber sichtlich. Pflüger verlas ein Wowereit-Zitat aus der englischen Ausgabe der Financial Times und übersetzte es zugleich. Dort sagte der SPD-Spitzenkandidat sinngemäß, dass Berlin seine Zukunft als nach-industrielle Stadt sehen und sich davon verabschieden müsse, die industrielle Produktion wieder zu beleben. Pflüger sieht in genau diesen

Sätzen die grundfalsche Einstellung bestätigt, die Berlin weiterhin steigende Arbeitslosenzahlen beschert, während bundesweit der Aufschwung zu greifen beginne. Dass diese Sätze bislang nicht in Berlin diskutiert würden, so Pflüger, liege wahrscheinlich allein daran, dass dieses Interview nur in Englisch veröffentlicht worden sei.

Der CDU-Politiker setzte nach und benannte für genau



diesen Grundfehler Wowereits dessen eigenen Wirtschaftsminister Wolf von der Linkspartei.PDS. Dieser hatte seinem Rathaus-Chef attestiert: „Beim Thema Industrie könnte er aktiver sein.“

Die Angriffe Friedbert Pflügers bezogen alle Politikfelder ein. Besonders stark war die Debatte beim Thema Schulpolitik und Religionsunterricht. Der CDU-Spitzenmann stellte klar, was ein unionsgeführter Senat ändern werde. Keine Einheitsschule, Unterrichts-garantie, mehr Lehrer in den Unterricht, Einführung des Wahlfachs Religionsunterricht oder Ethik sowie ein Ende der flexiblen Eingangsstufe. Beim Thema Sicherheit zitierte Pflü-

ger die Polizei-Gewerkschaft mit den Worten, Berlin sei sicherer geworden, allerdings nur für Kriminelle. Die CDU und er stehen hingegen für Null Toleranz gegen Kriminalität und wieder mehr Polizisten auf den Straßen.

Klaus Wowereit blieb am Ende des Abends immer mehr nur der Versuch, durch minutenlanges Schwadronieren den Angriffen seines Kontrahenten und den Fragen der Zuschauer auszuweichen oder aber sich in die Ecke zu retten, indem er hilflos Pflügers Herkunft aus Niedersachsen thematisierte. Das Rede-Duell kannte am Ende nur einen klaren Sieger nach Punkten. Friedbert Pflüger.

Der CDU-Generalsekretär Frank Henkel fasste zusammen: „Pflüger hatte die besseren Argumente, war schlagkräftiger und eindeutig kompetenter. Bei ihm wissen die Menschen, wie er die Stadt



aus der rot-roten Blockade herausführen wird - mit neuen Arbeitsplätzen, mit einer besseren Bildung und mit einem Mehr an Sicherheit. Der Regierende Bürgermeister wirkte lustlos und war langatmig.“

„Er meint es ernst.“

CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger hat erklärt, dass er sich unabhängig vom Ergebnis der Wahl dauerhaft in der Berliner Landespolitik engagieren werde. Für den nicht auszuschließenden Fall, dass die CDU nicht an einer Regierung beteiligt sein sollte, strebt Pflüger die Rolle als Oppositionsführer an. Er werde daher nach dem Wahltag sein Amt als Parlamentarischer Staatsse-

kretär und auch sein Bundestagsmandat aufgeben. Pflüger: „Das ist eine Lebensentscheidung für diese phantastische Stadt. In der vergangenen Woche ist Josephine, das zweite Kind von meiner Lebensgefährtin und mir, hier in Berlin geboren worden. Berlin ist jetzt unsere Stadt. Die ‚Berliner Zeitung‘ kommentierte: „Eins kann nun jeder Wahlberechtigte sehen: Der Mann meint es ernst.“



CDU-Landesvorsitzender Ingo Schmitt

Wowereit täuscht die Wähler

Mit unglaublichen Äußerungen zur Schul- und Bildungspolitik hat sich der amtierende Regierende Bürgermeister Wowereit selbst ins Abseits gestellt.

Der Sozialdemokrat hatte in einem Interview gegenüber dem ‚Tagesspiegel‘ erklärt, die SPD habe nicht vor, in Berlin die Einheitsschule einzuführen. Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, sieht in dieser Aussage nur ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver: „Wowereit rudert verbal zurück angesichts des öffentlichen Widerstands gegen die Einheitsschule und der weit verbreiteten Angst vor rot-roter Gleichmacherei auf dem Rücken von Kindern, Eltern und Lehrern. Aber wer soll ihm jetzt noch Glauben schenken? Denn im SPD-Wahlprogramm ist längst etwas anderes beschlossen worden. Zudem liebäugelt Wowereit schon seit langem mit einer rot-rot-grünen Koalition. Sowohl PDS als auch die Grünen befürworten die leistungsfeindliche Einheitsschule. Nach dem Tabubruch von 2001 - der Koalition mit der PDS - ist zu befürchten, dass Wowereit auch dieses Mal alles dafür tun würde, um seine Macht zu sichern.“

Schmitt kritisierte außerdem Wowereits Forderung nach kostenfreien Kitaplätzen, welche die ‚Berliner Zeitung‘ als SPD-„Wahlkampfgag“ bezeichnete. Schmitt: „Wer wie Rot-Rot die Kitagebühren 2003 erst massiv erhöht, um dann im Wahlkampf kostenfreie Kitaplätze zu versprechen, verspielt jegliche Glaubwürdigkeit. Ich bin überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler auf Wowereits leere Wahlkampfrhetorik nicht hereinfallen werden.“

Rot-roter Kulturkampf



CDU-Schulexperten gegen Experimente auf dem Rücken unserer Kinder: Katrin Schultze-Berndt MdB, Dr. Eva-Maria Kabisch, Friedbert Pflüger und Gerhard Schmid

Zum Vorhaben von Kreisen der rot-roten Koalition, in Berlin die Einheitsschule einzuführen und damit das mehrgliedrige Schulwesen in Berlin abzuschaffen, erklärte Dr. Eva-Maria Kabisch, Mitglied der Pflüger-Regierungsmannschaft für das Ressort Bildung: „Das ist eine Kampfansage an alle Eltern in Berlin, die Ihre Kinder individuell gefördert sehen wollen, in einem differenzierten Schulsystem - selbstverständlich auch mit leistungsstarken Gymnasien! Das ist aber vor allem eine Kampfansage an alle Bemühungen, Berlin attraktiv zu machen für die Ansiedlung von neuen Wirtschaftsunternehmen, für Wissenschaftler und Medienleute, die nach Berlin ziehen und hier zur

Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen sollen.“ Frau Dr. Kabisch verwies darauf, dass fast 90 Prozent der bundesdeutschen Schülerinnen und Schüler in Schulen des gegliederten Schulsystems gehen, rund 30 Prozent auf das Gymnasium und fast 60 Prozent auf Hauptschulen und Realschulen - nur rund 9 Prozent auf integrierte Gesamtschulen, also einer Art Gemeinschafts- oder Einheitsschule. „Das bedeutet, dass praktisch jede Familie, die aus anderen Bundesländern nach Berlin zieht oder von Berlin in entsprechende Länder umzieht, auf das mehrgliedrige Schulsystem in Berlin angewiesen ist, damit es keine katastrophalen Brüche in der Schulbiographie der Kinder gibt“, so

Kabisch und erinnerte dabei an die großen Vorbehalte, die es schon beim Hauptstadtdumzug gegen das Berliner Schulsystem mit der 6-jährigen Grundschule und dem fehlenden ordentlichen Unterrichtsfach Religion gegeben hatte. „Berlin verletzt mit diesem ideologisierten Projekt der Einheitsschule seine Verantwortung als Hauptstadt, isoliert Berlin und schadet damit nachhaltig vor allem der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in der Stadt. Das müssen wir aus Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in jedem Fall verhindern“, erklärte Kabisch und machte auch deutlich, dass den nervösen Beschwichtigungserklärungen seitens des

Regierenden Bürgermeisters und der Grünen angesichts der Bildungsideologen in den beiden Parteien und der kompromisslosen Haltung der PDS nicht geglaubt werden könne.

Angesichts des hohen Unterrichtsausfalls gleich zu Beginn des neuen Schuljahres, verursacht durch die fehlenden Lehrkräfte an den Schulen, verwies Kabisch erneut auf die fehlende langfristige Personalplanung der Berliner Schulverwaltung. „Dass Schulleiter ganz kurz vor Unterrichtsbeginn wieder einmal

nicht wissen, woher sie die notwendigen Lehrkräfte nehmen sollen, und dass angesichts der Tatsache, dass die Hälfte bis zu zwei Drittel der in Berlin aus Steuergeldern ausgebildeten Referendare in an-

deren Bundesländern sofort angestellt werden, während sie in Berlin keine Chance erhalten, ist ein Skandal“, erklärte Kabisch und bekräftigte das Versprechen der CDU, im Falle eines Wahlsieges als erstes konsequent dafür zu sorgen, dass Unterricht garantiert stattfindet.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66
REDAKTIONSLEITUNG: Frank Henkel
CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze

BILDNACHWEIS
VON OBEN UNTER NACH UNTEN RECHTS
S. 1: alle Reitze; S. 2: S. x Reitze; Lüders;
S. 3: Istock; Reitze; BMWI; S. 4: Mey

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Dr. Detlef Stronk, Mitglied in Friedbert Pflügers Regierungsmannschaft zur Abgeordnetenhauswahl 2006, erläuterte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (rechts im Bild) das Konzept der Berliner CDU für mehr Arbeitsplätze und neue Industrieansiedlungen in der Hauptstadt. Minister Glos sagte seine volle Unterstützung zu: „Die Berliner Industrie muss wieder ein Markenzeichen der Stadt werden.“ Er würde sich freuen, mit einem Berliner Wirtschaftsminister Stronk zusammenarbeiten zu können, sagte Glos.

IN KÜRZE

Sarrazin erfindet Erfolgsmeldungen

Das Mitglied des Pflüger-Teams für das Ressort Finanzen, Alexander Kaczmarek, kritisiert den Berliner Finanzsenator: „Fast im Wochentakt verkündet Finanzsenator Sarrazin selbst erfundene und betitelt Erfolgsmeldungen. Eine Finanzplanung ist der Senat bisher schuldig geblieben, und es ist nicht zu erwarten, dass die SPD vor den Wahlen diese Büchse der Pandora öffnen wird. Diese Wahrheit bleibt also vor dem Urnengang verheimlicht. Der nächste Senat wird auf jeden Fall große Mühe haben, die Sarrazin'schen Hinterlassenschaften zu bewältigen.“

Senator Wolf ohne Aufklärungswillen

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Uwe Goetze, hat vom PDS-Wirtschaftssenator und BSR-Aufsichtsratsvorsitzenden Wolf die lückenlose Information der Öffentlichkeit über die stark rabattierte Veräußerung von Pkw an BSR-Aufsichtsratsmitglieder im Jahr 2003 gefordert. „Der Saubermann-Senator tönt immer an vorderster Front nach Aufklärung - nur sein eigener Geschäftsbereich scheint davon ausgenommen zu sein“, stellt Goetze fest.

CDU verurteilt Momper und Wowereits Schweigen

„Die CDU-Fraktion findet es absolut unverständlich und einer Demokratie nicht zuträglich, dass der SPD-Politiker Momper als Präsident des Abgeordnetenhauses bisher nicht auf den Brandschlag auf den CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz reagiert hat. Dasselbe gilt auch für den Regierenden Bürgermeister Wowereit“, erklärt der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer. „Auch Momper und der Senat müssen sich dazu bekennen, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf. Wir brauchen jetzt die Solidarität aller Demokraten in Berlin“, so Zimmer weiter.